

**● politik**150 Jahre »Das Kapital« von Karl Marx **3**Polizeiliches Feindbild »Gefährder« **8**In der Krise: EU-Türkei-Beziehungen **10****● bewegung**Italien: Bologna in Bewegung **22**Hetze gegen Seenotrettung **23**4-in-1-Perspektive und Klassenpolitik **25****● gesellschaft**Geschichte des Kommunistischen **29**RT Deutsch: Infokrieg für Russland **33**Nationaler Antisemitismus **34****G20-Debatte** 19–21*Mehr als zwei Monate nach dem Hamburger G20-Gipfel geht die innerlinke Debatte weiter. Derweil bleibt der Staat bei seiner harten Linie – jetzt im Gerichtssaal.*

FOTO: WWW.MONTECRUZIFOTO.ORG

# Deutscher Herbst

**Rückblicke auf den bewaffneten Kampf und das Jahr 1977 als Wendepunkt für die westdeutsche Linke // Seiten 14–17**

## Fluten und andere Katastrophen

**International** Die Überschwemmungen in Südasien werfen Fragen der sozialen Gerechtigkeit auf

Von Bahar Sheikh

Die Fluten in Indien, Bangladesch und Nepal kosteten geschätzt 1.400 Menschen das Leben, insgesamt 41 Millionen Menschen waren betroffen. Durch den Monsunregen verursachte Überschwemmungen sind zwar kein neues Phänomen auf dem Subkontinent, jedoch werden sie durch das Schmelzen der Gletscher im Himalaya und dem damit verbundenen Anstieg der Wasserspiegel der Flüsse verstärkt. Hinzu kommt der vermehrte Niederschlag, der durch die höhere Feuchtigkeitsaufnahme in der wärmeren Luft verursacht wird. Beide Flutursachen können auf die Erderwärmung zurückgeführt werden.

Im Vergleich mit den Hurrikans Harvey und Irma berichteten deutsche Medien über die massiven Fluten in Südasien nur spärlich. Auf die verzögerte und wenig ausführliche Berichterstattung haben vor allem einige Medien im anglo-amerikanischen Raum in Quasi-Selbstkritik hingewiesen. Eine Repräsentationsdebatte, die die unverhältnismäßige Berichterstattung in den Vordergrund rückt, trifft jedoch nicht den Kern des Ungerechtigkeitsproblems, das der Klimawandel und die mit ihm einhergehenden Katastrophenzustände nach sich ziehen.

Umweltgerechtigkeit ist seit der Bürgerrechtsbewegung in den USA ein Begriff in sozialen Bewegungen und in der

Wissenschaft. Er beschreibt die Verteilung von Umweltbelastungen zu Lasten von Menschen, die rassistisch, wegen ihrer Klassenlage und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste oder anderer Faktoren marginalisiert sind. Aktuell kritisierte Black Lives Matter UK zum Beispiel die vergleichsweise höhere Belastung der Schwarzen Londoner Bevölkerung durch Luftverschmutzung. Umweltgerechtigkeit ist jedoch nicht nur von Bedeutung für marginalisierte Gruppen im globalen Norden. Das Konzept ist auch relevant, um die Flutkatastrophe in ein globales Machtgefälle einzuordnen.

Das hierzulande fehlende öffentliche Interesse für die Fluten in Südasien führt dazu, dass Hilfsgelder und Spenden ausbleiben. Lokale NGOs kennen zwar die Bedarfe der Bevölkerung vor Ort besser, sind jedoch finanziell abhängig von großen NGOs aus dem globalen Norden. Während die europäischen Staaten und die USA vergleichsweise weniger von »Naturkatastrophen« betroffen sind und auch ein Monopol auf die Ressourcen besitzen, die nötig für den Wiederaufbau sind, fehlen in diesem Fall indischen NGOs die Gelder, um mit der Flutkatastrophe selbstständig umgehen zu können. In diesem Fall verstärkt das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Nord und Süd die asymmetrische Verteilung von umweltbezogenen Verantwortlichkeiten und Belastungen.

**Weiter auf Seite 12**

## Machenschaften zum Wohle des Kapitals

**Wirtschaft & Soziales** Das Autokartell geht über Leichen. Die Regierenden leisten Beihilfe

Von Jens Renner

Es kommt nicht alle Tage vor, dass die Bildzeitung den leitenden Angestellten der herrschenden Klasse pauschal Dreistigkeit, Feigheit, Verlogenheit und Heuchelei vorwirft. Gegenstand der »Wutanalyse« aus dem Springer-Konzern war der »Diesel-Gipfel« Anfang August. Dessen Ergebnisse waren – außer bei den Beteiligten selbst – auf einhellige Kritik gestoßen: Die Hersteller versprachen ein Software-Update zur realistischen Schadstoffmessung; solchen Kund\_innen, die ihre alte Dreckschleuder gegen einen weniger schädlichen Neuwagen tauschen, zahlen sie eine »Umweltprämie« von bis zu 2.000 Euro: eine Konjunkturspritze zum eigenen Vorteil. Verkauft wird das Ganze als Beginn einer »neuen Verantwortungskultur« – ein Slogan von peinlich schwammigem Pathos, den Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) penetrant als politische Innovation zu verkaufen versuchen.

Das kann auch die medialen Propagandist\_innen der freien Marktwirtschaft nicht zufriedenstellen. Schließlich steht der »Ruf der Auto-Nation Deutschland« (Der Spiegel) auf dem Spiel, wenn nicht gar das Image des profitablen Labels »Made in Germany« insgesamt. Gar nicht gut finden sie auch, dass die für den Skandal verantwortlichen »skrupellosen Manager« und »unfähigen Politiker« ungeschoren davonkommen. Spätestens hier hat die gängige Skandalanalyse mit Aufklärung nichts mehr zu tun. Die handelnden Personen mögen dreist, doof oder korrupt sein – die von den Autokonzernen betriebene vorsätzliche Körperverletzung basiert aber nicht auf individueller Charakterschwäche. Sie ist Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise.

Dass diese »die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter«, wusste schon Marx. So steht es im »Kapital«, dessen erster Band vor

exakt 150 Jahren erschien. (siehe Artikel auf Seite 3) Der Ökosozialist John Bellamy Foster knüpft an Marx an, wenn er den Widerspruch zwischen Kapital und Natur benennt, der im Kapitalismus neben dem zwischen Kapital und Arbeit besteht. Zugleich hebt er hervor: »Naturzerstörungen und -katastrophen sind Fragen ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit. Sie werden von einer Gesellschaft hervorgebracht, in der die Akkumulation des Kapitals wichtiger ist als die Menschen oder die Natur.« (ak 613)

Keine Rede davon in den empörten Kommentaren zum »Diesel-Gipfel«. Der ist im Übrigen nur der sichtbare Teil der kriminellen Machenschaften zum Wohle des Kapitals. Ein Kartell der fünf Autokonzerne Audi, BMW, Daimler, Porsche und VW sorgte jahrelang durch geheime Absprachen dafür, »dass die Abgase der Dieselfahrzeuge nicht so gut gereinigt wurden, wie es technisch möglich gewesen wäre«, ergab eine Spiegel-Recherche. Der erhöhte Ausstoß von Stickoxiden und eine vermehrte Feinstoffbelastung aber führen zu potenziell tödlichen Kreislauferkrankungen und Krebs. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Dass die niedersächsische Landesregierung einschlägige Texte vorab von VW redigieren ließ, erscheint da fast schon als Petitesse.

Die hemmungslosesten Apologet\_innen des real existierenden Kapitalismus treten derweil die Flucht nach vorn an. So warnt die FAZ: »Wer die Automobilwirtschaft schlechtredet, betreibt zudem ein Programm zur Deindustrialisierung.« Die Warnung richtet sich auch gegen die Forderung von Umweltverbänden, nun Fahrverbote zu verhängen. Die könnten Leben retten, treffen aber unterschiedslos alle, denen in der heutigen Arbeitswelt tagtäglich »Mobilität« abverlangt wird. E-Autos sind – nicht nur wegen der energiefressenden Produktion von Akkus – ebenfalls alles andere als ökologisch unbedenklich. Die Abkehr vom teuren und gesundheitsschädlichen Individualverkehr erfordert eine völlig neue Verkehrspolitik. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt, dass die im Kapitalismus nicht möglich ist. ●